

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn die **Landtagswahl in Baden-Württemberg** nun schon ein paar Tage her ist, hält die **Wechselstimmung** weiter an. Der 27. März war ein Tag, von dem ich dachte, dass ich ihn vielleicht nie in meinem Leben erleben werde: Die CDU wurde nach 58 Jahren an der Regierung abgewählt. Auch wenn wir unser SPD-Ergebnis mit 23,1 % nicht schönreden dürfen, ist die Ablösung der Union an der Regierung ein epochales Ereignis für Baden-Württemberg. Und ich freue mich natürlich sehr, dass wir mit Reinhold Gall, Rainer Hinderer und Ingo Rust zukünftig drei Landtagsabgeordnete aus der Region Heilbronn in Stuttgart haben!

Wir haben jetzt die Möglichkeit, mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land zu schaffen. Ich verfolge die **Koalitionsverhandlungen** aufmerksam, natürlich besonders in meinen Kernbereichen Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Integration. Dass Baden-Württemberg künftig aktiv gegen Missbrauch von Leiharbeit vorgehen wird, dass wir ein Tarifreuegesetz verabschieden werden, damit öffentliche Aufträge nur an gute Auftraggeber vergeben werden und dass ein Aktionsplan zur Integration Migrantinnen und Migranten besser fördern soll, wird unser Land voranbringen. Und das sind nur einige der Ziele, die derzeit in den Koalitionsverhandlungen behandelt werden.

Der Verlust ihres „Stammländle“ hat Union und FDP in tiefe Verunsicherung gestürzt. Dass das Ergebnis der FDP in Baden-Württemberg halbiert wurde und die Liberalen in Rheinland-Pfalz gar an der 5 %-Hürde gescheitert sind, hatte großen Anteil daran, dass die Debatte um die



Berlin-Brief, Ausgabe 94
08. April 2011

Meine Termine

Eröffnung der 7. Salzstadtmesse des Handels- und Gewerbevereins Bad Friedrichshall

08.04.2011, 18 h, Bad Friedrichshall-Kochendorf, Festzelt vor der Glück-Auf-Halle

Sitzung des SPD-Landesvorstandes zu den Koalitionsverhandlungen

09.04.2011, 13 h, Stuttgart, Landtag

Jahreshauptversammlung der Jusos Heilbronn

09.04.2011, 18 h, Heilbronn, SPD-Regionalgeschäftsstelle

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro

Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:

www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



Führung von Guido Westerwelle wieder aufgewärmt wurde. Mit dem designierten neuen Parteivorsitzenden Philipp Rösler soll vermeintlich auch ein neues Programm für die FDP erarbeitet werden. Röslers bisherige Arbeit als Gesundheitsminister lässt jedoch befürchten, dass er nicht gerade das soziale Profil der FDP schärfen wird. Die schwarz-gelbe Koalition ist nachhaltig geschwächt, und die Politik der Regierung Merkel genießt kein Vertrauen mehr in der Bevölkerung.

Dass Schwarz-Gelb Politik nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet, zeigt sich auch an der Umsetzung der Richtlinie zu Europäischen Betriebsräten, zu der ich in dieser Woche im Plenum gesprochen habe. Die Bundesregierung setzt die Richtlinie, die 2009 auf europäischer Ebene nach einem zähen Ringen insbesondere des Europäischen Gewerkschaftsbundes verabschiedet wurde, nur rein juristisch um. Das Gesetz wird angepasst, aber dies wird nicht dazu genutzt, um die Arbeit der Europäischen Betriebsräte zu stärken. Ein Beispiel dafür ist die Höhe der Sanktionen, die Unternehmen bezahlen müssen, wenn sie die Europäischen Betriebsräte nicht oder nicht rechtzeitig beteiligen. Die Bundesregierung sieht dafür 15.000 Euro vor. Das zahlen jedoch die allermeisten Unternehmen aus der Portokasse! Die Sanktionen müssen deutlich erhöht werden. Wir müssen hier Politik gestalten, um die Rechte der Europäischen Betriebsräte zu stärken, und nicht nur die europäische Richtlinie verwalten! Dazu habe ich gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, am Montag hatten wir eine Expertenanhörung, am Donnerstag habe ich im Plenum dazu gesprochen. **Die Rede finden Sie anbei.**

Ein weiteres großes Thema in dieser Woche war die Durchsetzung von **Entgeltgleichheit von Männern und Frauen**. Noch immer ist es so, dass der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern 23 Prozent beträgt. Wir als SPD-Fraktion fordern in einem am Donnerstag debattierten Antrag die Bundesregierung dazu auf, dass sie einen Gesetzentwurf für die Umsetzung von Entgeltgleichheit vorlegt. Es genügt nicht, dass CDU-Frauen am Frauentag und am sogenannten Equal Pay Day, an dem für gleichen Lohn für gleiche Arbeit für beide Geschlechter demonstriert wird, ihren guten Willen zur Schau stellen. Sondern wir müssen gesetzlich handeln, damit endlich Gleichberechtigung auch bei den Löhnen herrscht!

Mit freundlichen Grüßen